IHK LÜNEBURG WOLFSBURG



November 2026

Außenwirtschaft aktuell

Veranstaltungen, Märkte,
internationale Entwicklungen

2

Seminare 4

Veranstaltungen und Unternehmerreisen 4

03.11. Webinar: Fit für Zentralasien 4
10.11. Webinar: Neue Märkte, neue Chancen - Westbalkan 4
18.11. Market Access Day in Hamburg 5
18.11. Webinar: Export in Krisenzeiten 5
20.11. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum in Berlin 5
24.11. Webinar: Fit für den bulgarischen Markt 5
11.12. Deutsch-Französischer Wirtschaftstag in Berlin 6
18. – 22.01. Delegationsreise nach Marokko 6

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 6

Deutschland: EORI-Nummer nur noch über ATLAS 6
EU: Abfertigungspauschale bei der Einfuhr im e-Commerce 6
EU: Änderungen bei der A1-Bescheinigung geplant 7
EU: Andorra und San Marino unterzeichnen Assoziierungsabkommen 7
EU: Antidumpingzölle gegen chinesisches Erbsenprotein 7
EU: Erleichterung für Einfuhren aus Armenien 7
EU: Handelsvereinbarungen mit China 8
EU: Neue zusätzliche Zölle auf Stahlerzeugnisse - Y-Codierungen 8
EU: Parlament positioniert sich zu China-Handelsbeziehungen 8
EU: Schutzmaßnahmen gegen Einfuhren von kornorientiertem Elektrostahl 9
EU: Veröffentlichung der Zollreform im Amtsblatt 9
Moldau: Digitales Carnetverfahren ab 1. Januar 2027 9
Niederlande: Häufig gestellte Fragen zur PPWR 9
Philippinen: Einigung auf Handelsabkommen mit der EU 9
Vereinigte Arabische Emirate: Digitales Carnetverfahren ab 9. November 2026 10

Ländernotizen 10

Deutschland: Wirtschaft mit positiven Signalen 10
Israel: Tel Avivs Metrobau eröffnet Chancen für deutsche Zulieferer 10
Japan: Investitionen in Halbleiterchemikalien und Arzneimittel 11
Kanada: Autonome Systeme halten Einzug in Bergbau und Logistik 11

Malta: Neue Perspektiven für deutsche Unternehmen im Offshore-Energiemarkt 11
Norwegen: Investitionen in Krankenhäuser und digitale Versorgung 12

Veröffentlichungen 12

DIHK-Papier zu Kanada 12
EU-Bericht zum FDI-Screening 12
EU-Bericht zur Umsetzung der Handelsabkommen 2025 13
EU-Handelsschutzbericht 13

Verschiedenes 14

Deutsch-Britische Forschungs- und Entwicklungsprojekte 14
EU sucht Unternehmen für Praxistests des EUDR-Informationssystems 14
Horizon Europe: 500 Millionen Euro zusätzlich für Forschung und Innovation 14
Umfrage zu Nullbescheiden und Ausfuhranträgen 14

Impressum 15

Seminare

3.11.2026	Umsatzsteuer International	Online
6.11.2026	Zolltechnische Abwicklung von Importgeschäften	Online
12.11.2026	Lieferantenerklärungen – Verstehen, ausstellen und anwenden	Online
24.11.2026	Wirtschafts- und Steuerrecht USA	Lüneburg
25.11.2026	Einführung in die Exportkontrolle	Online
26.11.2026	Einreihen von Waren in den Zolltarif	Online
01.12.2026	Warenursprung und Präferenzen / Lieferantenerklärungen	Online
02.12.2026	Export- und Zollabwicklung EU & Drittländer	Online

Veranstaltungen und Unternehmerreisen

03.11. Webinar: Fit für Zentralasien

Sie wollen mit Ihrem Unternehmen den Markt in Kasachstan oder Usbekistan erfolgreich erobern?? In Zusammenarbeit mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien helfen IHKs in Schleswig- Holstein und Niedersachsen am 3. November von **10 bis 11 Uhr** mit einer ersten Orientierung bei Expansionsplänen in diese Länder weiter. Anmeldung

10.11. Webinar: Neue Märkte, neue Chancen - Westbalkan

Der Westbalkan rückt wirtschaftlich näher an die Europäische Union: Mit dem EU-Wachstumsplan für den Westbalkan sollen die wirtschaftliche Integration der Region, der Zugang zum EU-Binnenmarkt und die regionale Zusammenarbeit gestärkt werden. Damit entstehen neue Perspektiven für Unternehmen, die ihre Geschäftsaktivitäten auf den Westbalkan ausweiten möchten. Im Rahmen des einstündigen Webinars am 10. November von **10 bis 11 Uhr** geben die AHKs aus

Serbien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien. Albanien und dem Kosovo einen kompakten Überblick über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Geschäftschancen in der Region. Anmeldung

18.11. Market Access Day in Hamburg

Der Market Access Day bietet Unternehmen einen kompakten Überblick über aktuelle Entwicklungen in der EU-Handelspolitik, den Stand der EU-Handelsabkommen sowie die Instrumente zur Erschließung von Drittlandsmärkten. Zugleich werden diese Themen in ihren geo- und wirtschaftspolitischen Kontext eingeordnet. Neben Impulsen aus Politik und Wirtschaft bietet die Veranstaltung Gelegenheit zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung. Weitere Informationen und die Registrierung finden sie auf dieser Webseite der Handelskammer Hamburg.

18.11. Webinar: Export in Krisenzeiten

Wie Sie als Unternehmen Ihre Exportgeschäfte auch in wirtschaftlich und politisch herausfordernden Zeiten erfolgreich absichern und zugleich neue Marktchancen nutzen können, erfahren Sie am 18. November von **10 bis 11 Uhr** bei einer kostenfreien Online-Veranstaltung der IHK Lüneburg-Wolfsburg. Die Firmenberaterin von Euler Hermes, Mia Munck Bruns, gibt einen Überblick über aktuelle Herausforderungen im internationalen Handel und erläutert, wie sich Zahlungsausfallrisiken im Export wirksam über den Bund absichern lassen. Sie erfahren, welche Möglichkeiten staatliche Exportkreditgarantien bieten und wie sich neue Märkte mit kalkulierbarem Risiko erschließen lassen. www.ihklw-events.de/Exportfinanzierung

20.11. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum in Berlin

Gemeinsam mit der AHK Ukraine und dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) organisiert die DIHK am 20. November 2026 in ihren Räumen in Berlin das diesjährige Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum. Das Motto: "Key Sectors. Shared Future". **Ab 10 Uhr** werden im Haus der Deutschen Wirtschaft deutsche und ukrainische Unternehmensvertreter gemeinsam mit hochrangigen politischen Entscheidungsträgern über die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit diskutieren. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere die wirtschaftliche Resilienz, die Rolle des privaten Sektors beim Wiederaufbau, die Transformation der Verteidigungsindustrie sowie Zukunftssektoren für die weitere Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit. Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der DIHK

24.11. Webinar: Fit für den bulgarischen Markt

Gemeinsam mit der Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer (AHK Bulgarien) zeigen die IHKs Schleswig-Holstein Ihnen, warum immer mehr deutsche Unternehmen Bulgarien als

Investitions- und Beschaffungsstandort wählen. In dem einstündigen Webinar am 18. November von **14 bis 15 Uhr** erfahren Sie alles Wichtige für einen erfolgreichen Markteintritt. Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der IHK Flensburg.

11.12. Deutsch-Französischer Wirtschaftstag in Berlin

Der Deutsch-Französische Wirtschaftstag findet in der European School of Management and Technology in Berlin statt. Es erwarten Sie hochrangige Führungskräfte, Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträger aus Deutschland und Frankreich, um gemeinsam über die zentrale Herausforderung für eine gemeinsame Zukunft zu diskutieren: „Europas Zukunft sichern". Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der AHK Frankreich

18. – 22.01. Delegationsreise nach Marokko

Schwerpunkte sind einerseits Fachkräftegewinnung und andererseits Geschäftsanbahnung im Außenhandel. Die Delegationsreise bietet Einblicke in den marokkanischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ebenso wie in wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Geschäftschancen. In Casablanca und Tanger sind Gespräche mit Unternehmen, Institutionen und Netzwerkpartnern sowie Unternehmens- und Bildungsbesuche vorgesehen. Programm und Anmeldung

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Deutschland: EORI-Nummer nur noch über ATLAS

Seit dem 1. Oktober 2026 ist die Nutzung des Zoll-Portals ATLAS für die Beantragung, Änderung von Stammdaten sowie für die Beendigung einer EORI-Nummer verpflichtend.

EU: Abfertigungspauschale bei der Einfuhr im e-Commerce

Der deutsche Zoll hat in seiner ATLAS – Info 1018/2026 Einzelheiten zum genauen Verfahrensablauf bei der Einfuhr von Waren mitgeteilt, die im Fernabsatzverkehr (e-Commerce) unter 150 Euro aus Drittgebieten oder Drittländern in die EU importiert werden. Grundsätzlich ist bei Importen im e-Commerce von unter 150 Euro sind seit dem 1. Juli 2026 drei Euro pro Warenkategorie vorgesehen. Zusätzlich kommt jetzt ab dem 1. November 2026 eine Abfertigungspauschale in Höhe von zwei Euro hinzu. Die Abfertigungspauschale, die je Position der Zollanmeldung erhoben und sowohl in ATLAS IMPOST wie auch in ATLAS Zollbehandlung transaktionsbezogen vorgenommen wird, entsteht grundsätzlich mit der Annahme der Zollanmeldung und ist nicht erstattungsfähig. Ab dem

1. November ist zudem bei Sendungen mit einem Sachwert bis zu 150 Euro verpflichtend die sogenannte Produktkennung als zusätzliche Angabe in der Zollanmeldung erforderlich. Die Produktkennung unterteilt sich in:

- „Händler-Produktkennung"; z.B. Artikelnummer der Online-Plattform
- nicht standardisierte Hersteller-Produktkennung"; z.B. Modellnummer
- „standardisierte Hersteller-Produktkennung"; z.B. GTIN, EAN, ISBN oder UPC

Weitere Einzelheiten enthält die ATLAS-Teilnehmerinformation 0984/2026

EU: Änderungen bei der A1-Bescheinigung geplant

Die EU plant umfangreiche Änderungen bei der A1-Bescheinigung. Kurze Geschäftsreisen sollen künftig teilweise ohne den sozialversicherungsrechtlichen Nachweis möglich sein. Für Unternehmen besonders relevant sind die geplante Vorabbeantragung der A1-Bescheinigung, die vorgesehenen Ausnahmen für bestimmte Kurzzeittätigkeiten sowie die Sonderregelungen für die Bauwirtschaft.

EU: Andorra und San Marino unterzeichnen Assoziierungsabkommen

Die EU-Kommission hat am 19. Oktober 2026 ein Assoziierungsabkommen mit Andorra und San Marino unterzeichnet, wodurch beide Länder näher an die Europäische Union heranrücken und ein klarer, umfassender Rahmen für eine vertiefte wirtschaftliche und institutionelle Integration geschaffen wird. Das Abkommen eröffnet Andorra und San Marino den Zugang zum Binnenmarkt auf der Grundlage gemeinsamer Vorschriften und fairer Wettbewerbsbedingungen. Im Bereich der Finanzdienstleistungen wird die Integration schrittweise und unter spezifischen Bedingungen erfolgen.

EU: Antidumpingzölle gegen chinesisches Erbsenprotein

Die EU-Kommission hat Antidumpingzölle auf Einfuhren von Erbsenprotein aus der Volksrepublik China verhängt. Die festgesetzten endgültigen Antidumpingzölle liegen zwischen 40,5 % und 67,1 % und gelten für fünf Jahre. Vorläufige Zölle waren bereits seit dem 29. April 2026 in Kraft.

EU: Erleichterung für Einfuhren aus Armenien

Die Europäische Union gewährt Armenien seit dem 10.10.2026 vorübergehend Handelspräferenzen. Knapp 80 Prozent der armenischen Exporte in die EU werden vorübergehend liberalisiert. Das betrifft fast alle Ausfuhren von frischem Obst, Gemüse und Blumen sowie mehr als 91 Prozent der Ausfuhren von Getränken und Spirituosen. Die Handelspräferenzen sind an Bedingungen geknüpft. Zudem sind Maßnahmen zum Schutz des EU-Marktes vorgesehen.

EU: Handelsvereinbarungen mit China

Am 8. und 9. Oktober 2026 wurde in Peking das zweite Treffen im Rahmen der Handels- und Investitions-konsultationen (TIC) zwischen der EU und China abgehalten. Beide Seiten einigten sich auf eine Liste von Ergebnissen und Vereinbarungen, die nun veröffentlicht wurden. Als wichtige Handelspartner bekräftigten beide Seiten, Differenzen im Rahmen der WTO-Regeln angemessen zu behandeln, und verpflichteten sich, weiterhin darauf hinzuarbeiten, die bilateralen Beziehungen zu stabilisieren und ausgewogener zu gestalten. Mit diesem Ziel vor Augen vereinbarten beide Seiten, im März 2027 das dritte Ministertreffen im Rahmen des TIC abzuhalten. Bis dahin wollen beide Seiten einen engen Austausch pflegen, unter anderem durch die Abhaltung einer Videokonferenz auf Ministerebene im Januar. Im Fokus der Gespräche standen insbesondere Exporte von Plugin-Hybridautos, Agrar-, Medizintechnik und Kosmetikgütern sowie der Umgang mit Exportkontrollen.

EU: Neue zusätzliche Zölle auf Stahlerzeugnisse - Y-Codierungen

Der deutsche Zoll hat eine Übersicht zum neuen EU-Stahlinstrument veröffentlicht. Besonders relevant sind die nun für Nachweise des Landes des Schmelzens und Gießens (Melt and Pour) festgelegten Y-Codierungen für Walzwerkbescheinigungen. Werden innerhalb der Übergangsfrist von einem Jahr bis Ende September 2027 alternative Nachweise vorgelegt, so wurden auch für diese die Y-Codierungen festgelegt. Beide Nachweise müssen zwingend (a) das Land des Schmelzens und Gießens, und (b) die Schmelznummer enthalten. Die Durchführungsverordnung (EU) 2026/1963 sieht bei der Nachweisführung über einen der alternativen Nachweise eine zwingende Vorlage bei der Zollstelle und eine entsprechende Überprüfung vor. Hintergrund sind die EU-Schutzmaßnahmen für bestimmte Stahlimporte aus Drittländern, die seit dem 1. Juli 2026 gelten. Vorgesehen sind zollfreie Einfuhrkontingente, für Importe außerhalb der Kontingente fällt ein Zollsatz von 50 Prozent an. Für Unternehmen besonders relevant: Seit dem 1. Oktober 2026 müssen bei der Einfuhr Angaben zum Schmelz- und Gießland des Stahls gemacht und entsprechende Nachweise vorgelegt werden. Fehlen die erforderlichen Angaben, kann die Einfuhr abgelehnt werden. Maßgeblicher Nachweis ist grundsätzlich die Walzwerksbescheinigung – übergangsweise sind unter bestimmten Voraussetzungen auch alternative Dokumente möglich. Weitere Einzelheiten enthält die Durchführungsverordnung (EU) 2026/1963

EU: Parlament positioniert sich zu China-Handelsbeziehungen

Am 7. Oktober 2026 hat das Europäische Parlament sich dahingehend positioniert, dass dringend Maßnahmen gegen die Instrumentalisierung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der EU von China ergriffen werden müssen, verbunden mit einer konsequenten Strategie zur Risikominderung, die sich auf kritische Rohstoffe, Arzneimittel, Batterien, Elektrofahrzeuge, Informations- und Kommunikationstechnologie, Halbleiter und andere strategische Sektoren konzentriert. Die Europaabgeordneten fordern zudem eine strengere Investitionsprüfung sowie den Schutz kritischer

Technologien, Infrastrukturen und Lieferketten und identifizieren Chinas staatliche Subventionen und Beschränkungen des Zugangs europäischer Unternehmen zum chinesischen Markt als wachsende Herausforderungen für die EU-Wirtschaft. Die Europaabgeordneten fordern schließlich Reziprozität und gleiche Wettbewerbsbedingungen im Handel und bei Investitionen und befürworten EU-Maßnahmen, falls China seinen Markt nicht öffnet.

EU: Schutzmaßnahmen gegen Einfuhren von kornorientiertem Elektrostahl

Die Europäische Kommission hat vorläufige Schutzmaßnahmen für Einfuhren von kornorientierten Elektrostahlprodukten in Form von Zollkontingenten in Verbindung mit Preisgrenzen verhängt.

EU: Veröffentlichung der Zollreform im Amtsblatt

Die Europäische Union hat die bislang größte Reform ihres Zollrechts seit Jahrzehnten endgültig beschlossen. Ziel ist es, den Zoll an den stark wachsenden Online-Handel anzupassen, die Kontrollen unsicherer Produkte zu verbessern und die Zollabwicklung stärker zu digitalisieren. Die Veröffentlichung ist nun in der Verordnung (EU) Nr. 2026/2108 erfolgt.

Moldau: Digitales Carnetverfahren ab 1. Januar 2027

Die Internationale Handelskammer (ICC) in Paris hat die DIHK darüber informiert, dass das digitale Carnetverfahren (eATA Carnet) in Moldau zum 1. Januar 2027 offiziell eingeführt wird. Ab diesem Zeitpunkt werden Carnetinhaber bei der Einfuhr in Moldau aufgefordert, einen QR-Code vorzulegen. Eine Übersicht aller Länder, die bereits am digitalen Carnetverfahren teilnehmen, ist auf der Webseite der ICC hinterlegt.

Niederlande: Häufig gestellte Fragen zur PPWR

Seit Inkrafttreten der neuen Packaging and Packaging Waste Regulation (PPWR) stellen sich deutschen Unternehmen, die verpackte Produkte in den Niederlanden auf den Markt bringen, zahlreiche Fragen. Wer muss sich bei registrieren? Ist ein bevollmächtigter Vertreter erforderlich? Die Deutsch-Niederländische Handelskammer (DNHK) gibt einen Überblick über die wichtigsten Fragen und zeigt auf, was deutsche Unternehmen beachten sollten.

Philippinen: Einigung auf Handelsabkommen mit der EU

Die Europäische Union und die Philippinen haben sich am 22. September 2026 im Grundsatz auf ein Freihandelsabkommen verständigt. Die Vereinbarung soll für Unternehmen auf beiden Seiten neue Exportmärkte erschließen und Lieferketten stabiler machen. Geplant ist die Liberalisierung von über

94 % der Zolltariflinien. Das Abkommen soll Marktzugang, Investitionen und öffentliche Beschaffung erleichtern und Lieferketten stärken. Die Verhandlungen sollen in den kommenden Monaten abgeschlossen werden.

Vereinigte Arabische Emirate: Digitales Carnetverfahren ab 9. November 2026

Die Internationale Handelskammer (ICC) in Paris hat darüber informiert, dass das digitale Carnetverfahren (eATA Carnet) in den Vereinigten Arabischen Emiraten zum 9. November 2026 offiziell eingeführt wird. Ab diesem Zeitpunkt werden Carnetinhaber bei der Einfuhr in die Emirate aufgefordert, einen QR-Code vorzulegen. Eine Übersicht aller Länder, die bereits am digitalen Carnetverfahren teilnehmen, ist auf der Webseite der ICC hinterlegt.

Ländernotizen

Deutschland: Wirtschaft mit positiven Signalen

Verschiedene positive Signale vermeldet die deutsche Wirtschaft. Laut vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes für den August stieg der Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbe im August 2026 preis- und kalenderbereinigt um ganze +10,7 % im Vergleich zum Vorjahresmonat. Zudem wird das Geschäftsumfeld in vielen Sektoren positiv beurteilt, wie zwei Umfragen des ifo-Instituts aus dem Oktober zeigen. Die Stimmung unter den deutschen Exporteuren stieg laut der Befragung „ifo Exporterwartungen" auf den höchsten Wert seit Februar 2022. Besonders zuversichtlich seien die Hersteller elektrischer Ausrüstungen sowie von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen. Im Maschinenbau bleiben die Unternehmen optimistisch. Auch im Maschinenbau bleiben die Unternehmen optimistisch. In der Metallerzeugung und -bearbeitung haben sich die Exportaussichten ebenfalls verbessert. Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Zahl der Neuaufträge gestiegen, Industrieunternehmen planen daher, ihre Produktion zu steigern. Die Geschäftserwartungen in den Sektoren Handel und Baugewerbe verbesserten sich ebenfalls. Dabei entwickelte sich der Großhandel besser als der Einzelhandel.

Weitere Informationen: ifo Geschäftsklimaindex gestiegen (Oktober 2026)

Israel: Tel Avivs Metrobau eröffnet Chancen für deutsche Zulieferer

Die für Planung und Bau der Metro in Tel Aviv zuständige staatliche Gesellschaft NTA (Metropolitan Mass Transit System) hat das Präqualifikationsverfahren für den Tunnelbau (Infra 1) abgeschlossen. Diese Bauphase umfasst rund die Hälfte des geplanten Metronetzes. Vorgesehen sind 75 Kilometer

Doppeltunnelstrecken und 59 unterirdische Stationen. Die Kosten werden auf 20 Milliarden US-Dollar geschätzt. Deutsche Anbieter können sich jetzt bei den Bewerbergruppen als potenzielle Zulieferer positionieren. Weitere Informationen: Tel Avivs Metrobau eröffnet Chancen für deutsche Zulieferer

Japan: Investitionen in Halbleiterchemikalien und Arzneimittel

Die japanische Regierung unterstützt die Halbleiter- und Batterieindustrie mit hohen Fördermitteln. Beide Branchen sollen im Inland Kapazitäten aufbauen, wofür sie mehr Chemikalien benötigen. Teil der japanischen Wachstumsstrategie ist zudem, die Produktion von Pharmazeutika zu stärken. In der Spezialchemie bauen japanische Firmen ihr Angebot aus. Einige von ihnen zählen in ihren Nischen zu den Weltmarktführern. Beispiele sind die Halbleiterchemie, Batteriechemikalien und Kohlenstofffasern. Japanische Unternehmen investieren zudem kräftig in Forschung und Entwicklung. Zusätzlich zum organischen Wachstum kaufen sie Firmen zu. Damit wollen sie ihr Produktportfolio stärken und weitere Marktanteile gewinnen.

Weitere Informationen: Japan investiert in Halbleiterchemikalien und Arzneimittel

Kanada: Autonome Systeme halten Einzug in Bergbau und Logistik

In Albertas Ölsandminen fahren Schwerlast-Lkw ohne Fahrer durch riesige Tagebaue. In Ontarios Goldbergbau übernehmen digital gesteuerte Muldenkipper und Bohrgeräte immer mehr Aufgaben. Und im Großraum Toronto sollen Lastwagen Waren auf festgelegten Routen autonom zwischen Verteilzentren und Filialen transportieren. Damit entstehen Geschäftsmöglichkeiten für Anbieter von Automatisierungs-, Kommunikations-, Sensorik- und Steuerungstechnik. Hinter den Fahrzeugen steht eine Vielzahl weiterer Technologien. Benötigt werden Kommunikationsnetze, Ortungssysteme, Steuerungssoftware und andere Lösungen, die den sicheren Betrieb solcher Systeme ermöglichen.

Weitere Informationen: Autonome Systeme halten Einzug in Kanadas Bergbau und Logistik

Malta: Neue Perspektiven für deutsche Unternehmen im Offshore-Energiemarkt

Malta steht vor einem umfassenden Umbau seiner Energieversorgung. Begrenzte Flächen für erneuerbare Energien, ein steigender Strombedarf und die starke Abhängigkeit von Energieimporten aus Italien stellen die Insel vor energiepolitische Herausforderungen. Gleichzeitig investiert Malta in den Ausbau seiner Energieinfrastruktur. Zu den zentralen Vorhaben gehören die geplante Entwicklung erster schwimmender Offshore-Windparks mit einer Kapazität von 280 bis 320 Megawatt, weitere Stromverbindungen nach Sizilien und der Aufbau von Batteriespeicherkapazitäten. Für deutsche Unternehmen ergeben sich daraus Geschäftsperspektiven in der Energieerzeugung, Netzinfrastruktur und bei technischen Dienstleistungen.

Weitere Informationen: Malta: Neue Perspektiven für deutsche Unternehmen im Offshore-Energiemarkt

Norwegen: Investitionen in Krankenhäuser und digitale Versorgung

Norwegen verfügt über eines der leistungsfähigsten und finanzstärksten Gesundheitssysteme Europas. Der Gesundheitssektor wird überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert. Daher bestimmen staatliche Investitionsentscheidungen, Krankenhausbudgets und gesundheitspolitische Prioritäten die Nachfrage nach Medizintechnik maßgeblich. Rund 90 Prozent der Medizintechnikbeschaffungen erfolgen über öffentliche Einrichtungen. Mit einem Marktvolumen von mehr als zwei Milliarden Euro zählt Norwegen trotz seiner geringen Bevölkerungszahl zu den attraktivsten Medizintechnikmärkten Nordeuropas. Neben dem Ausbau der Gesundheitsinfrastruktur fördert die Regierung zunehmend Gesundheitsinnovationen und digitale Versorgungslösungen. Marktanalysen erwarten bis 2030 jährliche Wachstumsraten von bis zu 5 %. Für Anbieter von Medizintechnik, Digital-Health-Anwendungen und Automatisierungslösungen ergeben sich günstige Wachstumsperspektiven.

Weitere Informationen: Norwegen investiert in Krankenhäuser und digitale Versorgung

Veröffentlichungen

DIHK-Papier zu Kanada

Kanada entwickelt sich angesichts geopolitischer Spannungen und der Neuordnung globaler Lieferketten zu einem strategischen Partner für die EU. Die DIHK hat ein Impulspapier veröffentlicht, um die Partnerschaft auf eine neue Stufe zu heben.

EU-Bericht zum FDI-Screening

Der sechste Jahresbericht über die Prüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union zeigt, dass die Zahl der Meldungen zwischen 2024 und 2025 um 40 % gestiegen ist – der höchste jährliche Anstieg seit Einführung des Mechanismus. Rechtlicher Hintergrund dieser Maßnahmen ist die FDI-Screening-Verordnung der EU, die einen unionsrechtlichen Rahmen für die Ausgestaltung der mitgliedstaatlichen Investitionskontrolle gibt. Im Jahr 2025 meldeten die EU-Mitgliedstaaten der Kommission demnach 667 Investitionen, gegenüber 477 Meldungen im Jahr 2024. Die fünf Sektoren mit der höchsten Anzahl an Meldungen im Jahr 2025 waren das verarbeitende Gewerbe (27 % aller Transaktionen), Informations- und Kommunikationstechnologien (19 %), Finanzdienstleistungen (17 %), Groß- und Einzelhandel (13 %) sowie freiberufliche Tätigkeiten

(8 %). 12 % der der Kommission gemeldeten Investitionen erforderten eine eingehende Sicherheitsrisikobewertung – ein Anstieg um 4 % gegenüber dem Vorjahr. Dies zeigt, dass immer mehr Transaktionen aus Gründen der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung als sensibel eingestuft werden. Die meisten dieser Fälle betrafen das verarbeitende Gewerbe, auf das 53 % aller Transaktionen entfielen (gegenüber 50 % im Jahr 2024). Der zweitgrößte Sektor war der Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien, auf den fast ein Fünftel aller eingehenden Prüfungen entfiel (derselbe Anteil wie im Jahr 2024).

EU-Bericht zur Umsetzung der Handelsabkommen 2025

Am 28. September 2026 hat die EU-Kommission ihren Jahresbericht für die Umsetzung der EU-Handelsabkommen im Jahr 2025 veröffentlicht. Ende 2025 hatte die EU 44 Präferenzhandelsabkommen mit 76 Ländern geschlossen, was 46,3 % des Außenhandels der EU entspricht. Der Warenhandel mit diesen Partnerländern nahm schneller zu als der gesamte Handel der EU mit anderen Drittländern (um 3,1 % gegenüber 1,4 %). Im Jahr 2025 stiegen die Agrar- und Lebensmittelausfuhren der EU in Länder mit einem Handelsabkommen um 4,6 %, während die Ausfuhren in nichtpräferenzielle Partner um 3,6 % zurückgingen. Im Berichtszeitraum stiegen die Warenausfuhren der EU in Partnerländer mit Freihandelsabkommen um 250 Milliarden Euro. Auf die Präferenzhandelspartner entfällt ein Viertel der EU-Einfuhren kritischer Rohstoffe. So stiegen beispielsweise zwischen 2024 und 2025 die Einfuhren kritischer Rohstoffe aus Kanada in die EU wertmäßig um 62 % auf 3,3 Milliarden Euro.

EU-Handelsschutzbericht

Am 18. September 20926 die EU-Kommission den Handelsschutzbericht für das Jahr 2025 veröffentlicht. 2025 startete die EU-Kommission 32 neue Untersuchungen (15 davon gegen China) und setzte 26 endgültige Maßnahmen um. Im Jahr 2025 erhöhte die EU die Zahl der geltenden Maßnahmen von 199 zu Beginn des Jahres auf 232 Maßnahmen zum Jahresende. 2025 waren 181 Handelsschutzmaßnahmen von Drittländern gegen EU-Ausfuhren in Kraft, 14 mehr als zu Beginn des Jahres. Davon waren 147 Antidumping-, 25 Antisubventions- und zwei Safeguard-Maßnahmen. 135 Maßnahmen betreffen China. Weitere betroffene Länder sind Russland (13), Indonesien (13), Indien (11), USA (8), Ägypten (7), Türkei (5). Im Jahr 2025 wurden 30 neue Untersuchungen gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten eingeleitet. Bei den bestehenden Maßnahmen gegen die EU und/oder Mitgliedstaaten stehen die USA mit 45 Maßnahmen an erster Stelle, gefolgt von der Türkei und China mit 25 bzw. 19 Maßnahmen. Weitere Länder mit einer hohen Zahl geltender Maßnahmen sind Brasilien, Kanada, Indonesien und Madagaskar mit jeweils zehn Maßnahmen.

14

Verschiedenes

Deutsch-Britische Forschungs- und Entwicklungsprojekte

Deutschland und das Vereinigte Königreich haben eine Ausschreibung zur Einreichung von Anträgen für gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte geöffnet. Diese konzentriert sich auf die Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren oder technischer Dienstleistungen in allen Technologie- und Anwendungsbereichen, die ein hohes Marktpotenzial aufweisen. Die Fördermittel werden jeweils aus den nationalen Programmen bereitgestellt – in Deutschland durch das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM). Abgabefrist für die Anträge ist der 1. Dezember 2026.

EU sucht Unternehmen für Praxistests des EUDR-Informationssystems

Die Europäische Kommission sucht Unternehmen, die das EUDR-Informationssystem nutzen, für kurze Online-Praxistests. Ziel ist es, die Abgabe von Sorgfaltserklärungen künftig noch nutzerfreundlicher zu gestalten. Ausgewählte Unternehmen werden zu einer 45- bis 60-minütigen Online-Sitzung eingeladen, in der Entwürfe des Systems bewertet werden. Die Teilnahme ist freiwillig, anonym und nicht mit Kontrollen verbunden. Die Sitzungen finden in englischer Sprache statt.

Horizon Europe: 500 Millionen Euro zusätzlich für Forschung und Innovation

Das Förderprogramm „Horizon Europe" fördert wissenschaftliche Forschung, Innovation und Technologie-transfer in Europa. Die Europäische Kommission stockt das Budget von Horizon Europe für die Jahre 2026 und 2027 um 500 Millionen Euro auf. Damit stehen für die beiden Jahre insgesamt rund 14,8 Milliarden Euro zur Verfügung.

Umfrage zu Nullbescheiden und Ausfuhranträgen

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) und der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) erheben in einer gemeinsamen Umfrage die Erfahrungen von Unternehmen bei der Beantragung von Nullbescheiden und den Bearbeitungszeiten von Ausfuhranträgen. Ziel ist es, ein möglichst aussagekräftiges Bild aus der Unternehmenspraxis zu erhalten. Die Ergebnisse sollen genutzt werden, um den bestehenden Austausch mit den zuständigen Behörden und Ministerien gezielt fortzuführen und die Praxiserfahrungen aus der Wirtschaft in den Dialog einzubringen. Das Fristende für die Teilnahme ist der 13. November.

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg

Am Sande 1

21335 Lüneburg

Ansprechpartnerinnen:

Christiane Hewner, Tel.: 04131-742 161, Email: christiane.hewner@ihklw.de

Leonie Schlicht, Tel.: 04131 742 462, Email: leonie.schlicht@ihklw.de

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der jeweiligen IHK oder AHK angefordert werden.

Detaillierte Informationen zu internationalen Märkten finden Sie darüber hinaus auf der Webseite der IHKLW.